GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 02.2009

Hier ist mehr drin:

Grün, europäisch, kommunal: Der Countdown für die Kommunal- und Europawahl läuft. Jetzt gilt es, bis zum Wahltag vollen Einsatz zu zeigen. Das Ziel ist klar: Starke Grüne – vor Ort und in Europa. Von Petra Selg und Daniel Mouratidis.

Unentbehrlich, unverwechselbar, nachhaltig: Grüne Kommunalpolitik zeigt auch nach über einem Vierteljahrhundert keine Abnutzungserscheinungen. Im Gegenteil: Grüne KommunalpolitikerInnen haben noch viel vor, sagt Uli Sckerl.

Demokratisch, transparent, partizipativ: Eine kommunale Mitmachdemokratie – das ist unsere grüne Vision. Wie wir diese in die Realität umsetzen und welche Hindernisse überwunden werden müssen, erklärt Sabine Schlager.

Gleichberechtigter, sozialer, demokratischer – so soll die Europäische Union werden. Die Europa-KandidatInnen Franziska Brantner, Andreas Braun und Eva Maria Vögtle erläutern, wie sie Europa grüner machen wollen.

Europa und Kommunen zusammen denken

Von Heide Rühle

Ohne ein handlungsfähiges Europa lassen sich die großen Krisen und Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht lösen: Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, Klimawandel und Energiesicherheit, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb und gerechter Welthandel – all das kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne starke Kommunen wäre Europa nicht handlungsfähig.

Auch die Antworten auf die Wirtschafts- und die Klimakrise müssen zu einem großen Teil in den Kommunen gegeben werden. Verstärkte Investitionen der Kommunen in Energieeffizienz, in die Wärmedämmung und in den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs kurbeln die Konjunktur an und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Auch der Ausbau des Bildungssystems, der öffentlichen Dienste, des Gesundheits- und Pflegewesens schafft Arbeitsplätze und erhöht die Lebensqualität der BürgerInnen.

Fortsetzung Seite 3

Für starke Grüne – vor Ort und in Europa

Von Petra Selg und Daniel Mouratidis

Der Countdown läuft: Am 7. Juni werden in Baden-Württemberg die Gemeinderäte und Kreistage ebenso neu gewählt wie das Europa-Parlament. Wir Grüne verbinden diese beiden Wahlen, denn wir sind die einzige Partei, die Europa und Kommune konsequent zusammendenkt. Wir machen uns stark für mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, mehr Demokratie und für eine wirtschaftliche Modernisierung – in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen ebenso wie auf europäischer Ebene. Und wir sind hervorragend aufgestellt – personell und inhaltlich, vor Ort und für die Europawahl. Deshalb schauen wir voller Optimismus auf die Wahlen.

Kommunalwahl: 1.300 Mandate plus X

Bei den Kommunalwahlen wollen wir unser Ergebnis von 2004 toppen, als wir 1.240 kommunale Mandate errungen haben. Unser Ziel ist klar: 1.300 Mandate plus X. Die Voraussetzungen dafür stehen gut. Die Zahl der grünen und grün-alternativen Listen haben wir landesweit leicht gesteigert. Unter den gut 350 Listen treten einige zum ersten Mal an. Bei der Kreistagswahl sind wir in allen Landkreisen und kreisfreien Städten präsent. Auch in Gebieten, in denen wir uns traditionell schwer tun, sind wir diesmal mit vollen oder fast vollen Kreistagslisten vertreten. In einigen Städten und Gemeinden wollen wir die stärkste Fraktion stellen: So etwa in Freiburg und Tübingen, aber auch in unseren kleineren Hochburgen wie etwa Bad Boll.

Frauen-Power ist auch diesmal wieder ein grünes Markenzeichen bei der Kommunalwahl: Während bei den anderen Parteien die Frauenquote wieder einmal erschreckend gering sein wird, sind auf unseren Listen mit 45 Prozent fast die Hälfte der KandidatInnen weiblich. Außerdem hat die Listenaufstellung gezeigt: Wir Grüne sind alles andere als ein Ein-Generationen-Projekt. Unsere KandidatInnen sind nicht einfach die gleichen wie 2004 – nur eben fünf Jahre älter. Im Gegenteil: Es ist uns gelungen, viele neue und gerade auch jüngere KandidatInnen zu gewinnen. Das gilt besonders für die größeren Städte.

Europa besser machen

Auch bei der Europawahl treten wir mit starken Köpfen an: Neben unserer langjährigen Europaabgeordneten Heide Rühle gehen wir mit Franziska Brantner, Andreas Braun und Eva Maria Vögtle ins Rennen. Mit ihnen wollen wir für ein besseres Europa kämpfen. Wir Grüne wollen die EU erneuern: Mit einem Grünen New Deal für eine ökologische und soziale Modernisierung unserer Wirtschaft. Und mit neuen grünen Wegen beim Klima- und Verbraucherschutz, bei Demokratie, Gerechtigkeit und Bürgerrechten und bei der internationalen Verantwortung der EU.

Voller Einsatz bis zum Wahltag

Die heiße Wahlkampfphase ist eingeläutet: Lasst uns die letzten Tage bis zu den Wahlen noch einmal nutzen, intensiv für unsere grünen Konzepte zu werben. Denn viele Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst in den letzten Tagen, oft sogar in den letzten Stunden vor dem Urnengang. Deshalb kommt es darauf an, dass uns nicht die Luft, die Kraft und das Engagement ausgehen – sondern dass wir bis zum 7. Juni überall Präsenz zeigen. Dann werden wir unser Ziel erreichen: Starke Grüne – vor Ort und in Europa.

Petra Selg und
Daniel Mouratidis sind
Landesvorsitzende der
baden-württembergischen Grünen

Europa und Kommunen zusammen denken

Fortsetzung von Seite 1

Für einen Grünen New Deal – auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene

Den Kommunen fehlen aber oft die Ressourcen, um ihr enormes Potenzial für die Schaffung von Arbeitplätzen und für wirksame Klimaschutzmaßnahmen voll auszuschöpfen. Wichtig ist daher eine noch stärkere Berücksichtigung der Städte und Gemeinden in den nationalen und europäischen Konjunkturprogrammen. In Zeiten konjunkturbedingter Steuerausfälle muss sichergestellt werden, dass in finanzschwachen Kommunen durch die kommunale Kofinanzierung von Investitionshilfen die Verschuldungsspirale nicht weiter vorangetrieben wird. Entscheidend ist es, die Konjunkturprogramme ökologischer auszurichten, damit sie den Anforderungen eines echten Grünen New Deal entsprechen. Die Vereinten Nationen haben empfohlen, mindestens 30 Prozent der Mittel aus den Konjunkturprogrammen grünen Projekten zu widmen – davon sind wir leider weit entfernt.

In Europa ökologische und soziale Rahmenbedingungen setzen

Es gibt in Deutschland keine Stadt- oder Gemeinderatssitzung mehr, bei der nicht mindestens ein Tagesordnungspunkt behandelt wird, der durch die Europäische Union beeinflusst ist. Von den Städtepartnerschaften bis zu den europäischen Richtlinien und Verordnungen – Kommunen setzen europäische Politik um. Mehr als zwei Drittel aller kommunalrelevanten Vorschriften haben ihren Ursprung in der EU. Die europäische Politik kann sinnvolle ökologische und soziale Rahmenbedingungen für die Kommunen setzen, wenn es etwa wie im Europäischen Umweltrecht um Fragen wie die Wasser-Rahmenrichtlinie, die Feinstaub- oder die Umgebungslärm-Richtline geht. Oder wenn sich die Kommunen aufgrund der EU-Vergaberichtlinien nicht mehr allein für den kostengünstigsten Anbieter entscheiden müssen, sondern nun auch ökologische, soziale und ethische Kriterien geltend machen können. Statt des Wettbewerbs um das billigste Angebot können so Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, Klimaschutz und Gleichstellung der Geschlechter stärker ins Zentrum gerückt werden.

Die Kehrseite: Einengung kommunaler Handlungsspielräume

Vor allem bei den so genannten Diensten der Daseinsvorsorge – vom Wasser über die Krankenversorgung bis zu den Sparkassen – mischt Europa immer stärker mit und vergrößert die Rechtsunsicherheit in den Kommunen. Die Europäische Union kennt leider kein dem Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes analoges Gebot zur Achtung der kommunalen Selbstverwaltung. Der Reformvertrag von Lissabon hätte diese Lücke geschlossen und erstmals in den Europäischen Verträgen das kommunale Selbstverwaltungsrecht verankert. Doch dieser Vertrag liegt nach dem gescheiterten Referendum in Irland auf Eis. Um so wichtiger ist es im Kommunal- und Europawahlkampf die Rolle der Kommunen in Europa auf die Tagesordnung zu setzen. Denn spätestens mit der aktuellen Krise muss dem übertriebenen Liberalisierungs- und Privatisierungseifer in diesem Bereich ein Ende gesetzt werden, um wieder zu einem gesunden Gleichgewicht in der Aufgabenverteilung zwischen Markt und öffentlicher Hand zu kommen.

Heide Rühle ist Europaabgeordnete und Spitzenkandidatin der baden-württembergischen Grünen bei der Europawahl

KURZ & GRÜN

Sparbriefe fürs Klima

In Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise sollten ökologisch und sozial verantwortungsvolle Geldanlagen zum „Renner“ werden. Freiburgs Grüne haben deshalb die Ausgabe von „Klimasparbriefen“ in Kooperation mit der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau und dem regionalen Energiedienstleister Badenova initiiert. Diese mehrere Jahre laufenden, fest verzinsten und einlagengesicherten Sparbriefe ab 500 Euro sind auch für KleinsparerInnen attraktiv. Finanziert werden damit Investitionen der Badenova in regenerative Energien, wovon Klima und Handwerk profitieren.
www.gruene-freiburg.de

MITMACHERIN.EU – Unsere Website zur Kommunal- und Europawahl

WWW.MITMACHERIN.EU ist die Kampagnen-Website der baden-württembergischen Grünen zur Kommunal- und Europawahl. Wir bieten dort unsere grünen Positionen in multimedialer Form an und laden Euch zum Mitmachen ein. Schaut mal rein!

Grüne Kommunalpolitik: Unentbehrlich und unverwechselbar

Von Uli Sckerl

Am 7. Juni treten mehr als 6.000 Frauen und Männer für bündnisgrüne, offene grüne und grünnahe Listen zu den Gemeinderats-, Kreistags- und Regionalwahlen an. Das zeigt: Auch nach mehr als 25 Jahren in der Kommunalpolitik gibt es keine Abnutzungserscheinungen. Keine Partei, keine politische Bewegung hat in derart kurzer Zeit „ihre“ Themen in der Gesellschaft so weit nach vorne gebracht wie wir Grüne. Entbehrlich geworden sind wir dadurch nicht. In den nächsten fünf Jahren geht es in vielen Gemeinden darum, Begonnenes zu einem dauerhaft nachhaltigen Projekt zu machen.

Zum Beispiel bei Klima und Umwelt

Klima- und Umweltschutz bleiben die zentralen Herausforderungen. Die Energiewende wollen wir dabei kommunal buchstabieren. Gleichzeitig wollen wir den ungehemmten Flächenverbrauch stoppen. Grüne Politik ist hier auch Wirtschaftspolitik und verschafft Handwerk und Mittelstand volle Auftragsbücher und Beschäftigung.

Zum Beispiel bei umweltfreundlicher Mobilität

Noch nie war die Gesellschaft derart mobil. Deshalb ist der Umweltverbund so wichtig mit dem Herzstück des regionalen wie örtlichen Bus- und Bahnverkehrs und der Stärkung der RadfahrerInnen und der FußgängerInnen.

Zum Beispiel mit neuer kommunaler Solidarität

Wir setzen uns dafür ein, geeigneten Wohnraum für jede Altersgruppe, für jede Form des Zusammenlebens und für jeden Geldbeutel zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen nicht aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden. Dazu müssen Barrieren in den Köpfen und im öffentlichen Raum abgebaut werden.

Zum Beispiel im Kampf gegen alte und neue Armut

Niemand darf an den Rand gedrängt werden. Landkreise und Gemeinden können Menschen mit geringen Einkommen gezielt unterstützen, damit sie am Leben in ihrer Gemeinde teilnehmen können. Ein unverzichtbarer Knoten im Sozialen Netz ist dabei die Förderung von Initiativen, Selbsthilfegruppen und Vereinen.

Zum Beispiel mit guter Bildung

Unsere Kinder haben das Recht auf einen guten Start ins Leben. Gesunde Ernährung, altersgerechte Spielmöglichkeiten, hochwertige und flexible Betreuungsangebote für alle Altersklassen sowie eine gute Sprachförderung bereits im Kindergarten schaffen die Voraussetzungen auch für eine spätere erfolgreiche Schullaufbahn – und verbessern gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der „Schule der Zukunft“ werden Bildungsnachteile durch längeres gemeinsames Lernen und eine individuelle Förderung abgebaut. Dazu gehört, dass wir die Rechte der Schulkonferenz und der Gemeinde stärken wollen.

Zum Beispiel mit Gleichberechtigung

Wir wollen den Austausch und den Dialog zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Wer hier lebt, muss hier wählen dürfen. Unsere Vision bleibt zugleich eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt sind. Für mehr Frauen in der Kommunalpolitik stellen wir die Hälfte der Plätze auf unseren Wahllisten für sie zur Verfügung.

Uli Sckerl ist Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung GAR und MdL

Wir streiten für mehr kommunale Demokratie

Von Sabine Schlager

Wir Grünen wollen die Mitmachdemokratie, in der Entscheidungen nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg fallen. Deshalb machen wir uns stark für mehr Beteiligung, mehr Transparenz, mehr öffentliche Debatten in unseren Kommunen. In der Umsetzung dieser Ziele stoßen wir allerdings auf beträchtliche Hindernisse. Sie sind zu einem kleinen Teil die Folge einer restriktiven Gemeindeordnung in Baden-Württemberg, zum größeren Teil liegen die Widerstände in einer grundsätzlichen Skepsis der Verwaltungen und der Ratsmehrheiten gegen diesen partizipativen Politikstil.

Eine neue Planungskultur stößt auf festgefahrene Entscheidungswege. Wenn wir die zukünftige Entwicklung der Städte und Gemeinden zusammen mit der Bevölkerung planen wollen, dann genügt es nicht, wenn fertige Bebauungspläne zur Stellungnahme ausgelegt werden. Dann brauchen wir Ideenwerkstätten, Planungsforen und Stadtentwicklungsworkshops. Dafür sind wir auf eine grundsätzliche Bereitschaft der Verwaltungen für Beteiligungsprozesse angewiesen. Aber Partizipation wird vielfach als lästiger Störfaktor im gut geölten Zusammenspiel von Verwaltung und Gemeinderat empfunden. Es ist ja noch nicht einmal überall Brauch, dass die geforderten Bürgerversammlungen einberufen werden. Und wenn sie stattfinden, redet oft die meiste Zeit die Verwaltung.

Informationen werden viel zu spät öffentlich gemacht. In der Regel werden die Gemeinderats-Sitzungsunterlagen zu streng vertraulichen Papieren erklärt, die erst wenige Tage vor der abschließenden Beratung öffentlich gemacht werden dürfen. Für eine breite Bürgerbeteiligung ist es dann zu spät. Verwaltungen könnten diese Unterlagen auch früher der Allgemeinheit zugänglich machen – aber dazu müsste der Wille zur Mitmachdemokratie vorhanden sein. Es ist dann unsere Aufgabe, Druck auf die Rathäuser und Landratsämter zu machen, nicht so geizig mit Informationen zu sein.

Heikles landet oft zu unrecht im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der Gemeinderat darf zwar nur in begründeten Ausnahmen hinter verschlossenen Türen tagen, aber wenn es heikel wird, tagen Verwaltung und Ratsmehrheit lieber nicht öffentlich. Wenn unser Pochen auf öffentliche Beratung ohne Mehrheit bleibt, dann können wir noch mit der Kommunalaufsicht drohen. Und die wiederum rügt nur, wenn es gar nicht mehr zu vermeiden ist. Ein Klagerecht für RätInnen gibt es in diesem Fall nicht.

Aufsichtsratssitzungen werden hinter verschlossene Türen verbannt. Ausgerechnet dort, wo es um viel Geld geht, wird Geheimhaltung groß geschrieben: Wir Grüne sitzen in den Aufsichtsgremien der städtischen Tochtergesellschaften und werden dort zur Verschwiegenheit verpflichtet. Es gibt inzwischen zwar ein Gerichtsurteil, das es den Aufsichtsratsmitgliedern erlaubt, über Dinge von allgemeinem öffentlichen Interesse auch zu berichten, aber die Entscheidung und das Risiko, wie weit sie diese Grauzone nutzen, bleibt ihnen überlassen. Eine Satzung, die dies klar regelt, wäre von Vorteil – aber das muss vor Ort erst erstritten werden.

Wir sind darauf eingestellt, dass uns Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Kommune nicht wie reife Früchte in den Schoß fallen. Aber wir müssen und werden sie einfordern und unseren eigenen Beitrag für mehr kommunale Demokratie leisten.

Sabine Schlager ist Geschäftsführerin der Kommunalpolitischen Vereinigung GAR

KURZ & GRÜN

Grüner Muster-Konzessionsvertrag liegt vor

Land auf und Land ab beginnen in den Kommunen die Vorbereitungen oder Verhandlungen zu den Konzessionsverträgen für die örtlichen Stromnetze. Der Kreisverband Esslingen hat mit Hilfe des Landesverbands einen kommunenfreundlichen Muster-Konzessionsvertrag ausarbeiten lassen. Mit diesem könnt Ihr dafür sorgen, dass Eure Kommune in den Verhandlungen der EnBW kompetent entgegentritt. Im Wettbewerb mit anderen Netzbetreibern wird sich die EnBW damit unseren energiepolitischen Inhalten stellen müssen.
Weitere Infos:
www.gruene-bw.de/themen/umwelt-klima-energie.html

Unter der E-Mail:
konzessionsvertrag@yahoo.de kann der Vertrag zusammen mit einem Info- und Rechtspaket sowie mit Musteranträgen angefordert werden.
Jürgen Menzel, KV Esslingen

Ulmer Grüne erreichen gentechnikfreie Zone

Nach zähem Ringen ist nun auch Ulm Gentechnikfreie Zone. Der Ratsbeschluss untersagt nicht nur gentechnisch verändertes Saatgut in den Pachtverträgen (die Stadt ist größte Grundeigentümerin im Umkreis von 20 km), sondern die Verwaltung verpflichtet sich auch, im Dialog mit den Futtermittelanbietern für ein Angebot an regionalen – und damit gentechnikfreien – Futtermitteln zu sorgen. Die LandwirtInnen haben Bereitschaft signalisiert, davon auch Gebrauch zu machen.
www.ulm.de/gruene_fraktion

Europa gleichberechtigter machen

Von Franziska Brantner

In Europa sind Lebensentwürfe, die vor 30 Jahren noch unvorstellbar erschienen, heute Normalität. Europäische Gesetzgebung war einer der Motoren für Gleichberechtigung. Das von (Rot-)Grün errungene Gleichbehandlungsgesetz würde ohne europäischen Druck wahrscheinlich immer noch in den Schubladen verstauben. Aber die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern – europaweit 17,4 Prozent, in Deutschland 23 Prozent – zeigt die noch bestehenden Hürden. Die Erwerbsquote von Müttern in Europa liegt um 15 Prozent unter der von kinderlosen Frauen. Hingegen sind Väter sogar häufiger erwerbstätig als kinderlose Männer.

Es ist noch viel zu tun – europaweit. Wir brauchen weitere europäische Gesetzgebung. Die schon auf EU-Ebene gesetzten Ziele müssen in den Mitgliedstaaten auch umgesetzt werden – so etwa die vereinbarten Betreuungsplätze für mindestens 33 Prozent aller Kinder unter drei Jahren und für mindestens 90 Prozent aller Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigem Alter.

Gerade wird die Zukunft der europäischen Antidiskriminierungspolitik verhandelt. Von der FDP über die SPD bis hin zu CDU und CSU wird behauptet: Der Markt wird es schon richten, für Gleichberechtigung brauchen wir keine Gesetze. Die jetzige Bundesregierung versucht „über Brüssel“ klammheimlich, das deutsche Allgemeine Gleichstellungsgesetz zu stutzen.

Die Grünen sind im Europa-Parlament *die* Kraft für eine konsequente Antidiskriminierungspolitik, die im Arbeitsleben und im Alltag greift. Aber Freiheit und Gleichberechtigung brauchen auch soziale Sicherheit. Wir Grüne kämpfen deswegen im Europa-Parlament für menschliche Arbeitszeiten und für die Untermauerung gerechter Sozialsysteme. Nicht zuletzt müssen Frauenhandel und Zwangsprostitution europaweit bekämpft werden. Die Grünen machen sich stark für die Überarbeitung bestehender Beschlüsse mit dem Ziel, die Freier stärker zur Rechenschaft zu ziehen und Opfer besser zu schützen.

Franziska Brantner (KV Heidelberg) ist Kandidatin für das Europa-Parlament (Listenplatz 11)

Europa sozialer machen

Von Andreas Braun

„Europa ist ganz weit weg, bürokratisch und hat mit dem Leben der Menschen wenig zu tun“ – so eine vielfach geäußerte Ansicht in der Öffentlichkeit. Nahezu unbemerkt handeln „die in Brüssel“, obwohl ihr politisches Agieren große Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Ich möchte dazu aufrufen, sich etwas intensiver als bisher mit Europa zu beschäftigen.

Mir liegt besonders die Europäische Sozialpolitik am Herzen. Denn nur ein sozial gerechtes Europa hat – eingebunden in europäische Initiativen für die ökologische Erneuerung unseres Wirtschaftens – Zukunft. Dieses sozial gerechte Europa wiederum lässt sich nach meiner tiefen Überzeugung nur denken und umsetzen, wenn die höchste Politikebene – nämlich die EU – Hand in Hand arbeitet mit der Politikebene, die für uns BürgerInnen am greifbarsten ist, nämlich die kommunale Ebene.

Wir machen Sozialpolitik konkret: Wir fordern in jedem Land Mindestlohnregelungen. Wir wollen einen europäischen Sozialstandard durchsetzen, der die soziale Sicherheit erhöht und die Rechte aller ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen stärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass das europaweit garantierte Recht auf gleichen Lohn für Frauen und Männer endlich Realität wird und fordern entsprechende Initiativen der einzelnen Länder zur gesetzlichen Sanktionierung von Lohndiskriminierung. Im Übergang zur Wissensgesellschaft wird die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur zum entscheidenden Baustein unserer Zukunftspolitik. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU wird wesentlich vom europäischen Weg in die Wissensgesellschaft abhängen.

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir Grüne stärker als bisher im Europäischen Parlament vertreten sind – nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Mitgliedstaaten: „Wirtschaft und Arbeit, menschlich und sozial“, das ist in Kurzform die Botschaft, mit der wir in Europa stärker werden wollen. Nur mit uns Grünen wird Europa bürgerInnenfreundlicher, sozialer, demokratischer, ökologischer und transparenter.

Andreas Braun (KV Rems-Murr) ist Kandidat für das Europa-Parlament (Listenplatz 16)

Europa demokratischer machen

Von Eva Maria Vögtle

Die Gesetzgebungsprozesse der Europäischen Union versteht man fast nur mit abgeschlossenem politikwissenschaftlichem Studium. Der Begriff „Raumschiff Brüssel“ trifft es ganz gut. Nur Eingeweihte verstehen es, in den Sphären der europäischen Gesetzgebung sicher zu navigieren. Daher ist es verständlich, dass für viele BürgerInnen Europa nur ein abstrakter Begriff bleibt. Es ist aber sehr wichtig, die Gesetzgebungsprozesse auf europäischer Ebene im Auge zu behalten, denn: 70 bis 80 Prozent aller Gesetzesvorlagen, die in nationales Recht umgesetzt werden, kommen aus Brüssel. Es muss klar sein: die Europawahlen dürfen nicht als bloßer Test für nationale Wahlen abgetan werden, dafür sind die Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, viel zu wichtig!

Das Europäische Parlament (EP) ist mit dem Ministerrat gesetzgeberisch auf Augenhöhe, ein vollwertiges Vorschlagsrecht für Gesetze hat es aber nicht. Da die Abgeordneten die einzig direkt gewählten VolksvertreterInnen auf europäischer Ebene sind, sollten sie das Recht haben, Gesetzesinitiativen zu starten. Nur im EP sind auch Oppositionsparteien der Mitgliedsstaaten vertreten und können Einfluss ausüben. Das EP muss 30 Jahre nach seiner Konstitution als direkt von den EU-BürgerInnen gewähltes Parlament ein vollwertiges Parlament werden, mit allen Rechten und Einflussmöglichkeiten eines nationalen Parlaments. Auch muss das Europäische Parlament mehr Einfluss auf die Gesetzgebung im Bereich des Sozialen bekommen. Nur wenn europäische Politik sich endlich mehr mit den sozialen Aspekten der Europäischen Integration auseinandersetzt, wird eine gesellschaftliche Integration auf europäischer Ebene auf absehbare Zeit möglich sein. Um dies zu ermöglichen, braucht es eine starke grüne Fraktion im Europäischen Parlament – und zu einer solchen möchte ich gerne beitragen.

Eva Maria Vögtle
(KV Konstanz)
ist Kandidatin für
das Europa-Parlament
(Listenplatz 19)

KURZ & GRÜN

Große Anti-Atom-Demo am 4. Juli in Neckarwestheim

Die Atomstromkonzerne drängen – unterstützt von CDU und FDP – auf längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Wir wollen am 4. Juli in Neckarwestheim mit einer Groß-Demonstration zusammen mit den Bürgerbewegungen ein starkes Zeichen gegen Atomkraft setzen. Die Demo beginnt um 13.30 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Bahnhof Kirchheim/Neckar. Hauptkundgebung wird vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim sein. Also: Kommt alle und lasst uns gemeinsam deutlich machen: Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg!
www.gruene-bw.de

Für besseren Nahverkehr

Die Grünen im Regíonalverband Stuttgart gehen mit neuen Ideen für den öffentlichen Nahverkehr in die Regionalwahl. Der Umstieg vom Auto in die Bahnen und Busse soll erleichtert werden durch einen unkomplizierten und günstigen Nahverkehr. Ziel ist es, eine Mobilitätsregion mit dem attraktivsten Nahverkehr zu sein und nicht mit dem tiefsten Bahnhof. Vorgeschlagen werden eine Tarifreform, die eine durchlässige Region ohne Zonengrenzen schafft, ein regionales Einzelticket, das in der gesamten Region gilt, sowie ein Rabatt für SchülerInnen, Studierende und sozial Schwächere.
www.gruene.de/region-stuttgart

Gerechtere Bestattungsgebühren durchgesetzt

Die GALL in Leimen hat einen Antrag durchgesetzt, der die Bestattungsgebühren gerechter macht. Bisher wurden die Gebühren für Begräbnisplätze prozentual bezuschusst: das günstigste Grab mit 78 Euro, das teuerste mit 5.243 Euro. Nun wird jede Grabart mit 143 Euro bezuschusst. Für die Günstigsten zahlt man nichts mehr, für alle anderen die wahren Kosten minus 143 Euro. Neben der größeren Gerechtigkeit spart die Stadt auch noch Geld.
www.gall-leimen.de

KURZ & GRÜN

Gebührenfreie Kindergärten

Kindergärten sind wichtige Bildungseinrichtungen. Die Grünen im Gemeinderat Kirchheim/Teck haben sich daher für die Erhöhung des Personalschlüssels auf mindestens zwei Fachkräfte und die Reduzierung der Gruppengröße auf 25 Kinder eingesetzt. Allen Kindern soll der Besuch der Kindergärten ermöglicht werden. Wir wollen daher die Gebührenfreiheit der Kindertageseinrichtungen einführen und in einem ersten Schritt ein Kindergartenjahr beitragsfrei stellen.
www.gruene-kirchheim-teck.de

GewerkschaftsGrün: Neue SprecherInnen

GewerkschaftsGrün, die Vereinigung der grünen GewerkschafterInnen, hat auf seiner Jahrestagung in Berlin neue SprecherInnen gewählt: Neben dem wiedergewählten Wolfgang Stather aus Heidelberg werden künftig Beate Müller-Gemmeke aus Reutlingen und Ingo Ruther (Frankfurt/Main) die Arbeit der grünen GewerkschafterInnen koordinieren. Alle Beschlüsse unter:
www.gewerkschaftsgruen.de

GAR – unsere kommunalpolitische Vereinigung

Aktiv, konstruktiv, fantasievoll und kritisch mischen sich grüne und grün-alternative PolitikerInnen in die Politik in ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen ein. Aus ehemaligen EinzelkämpferInnen sind längst größere und große Fraktionen geworden, während eine ganze Reihe grüner (Ober)-Bürgermeister und DezernentInnen grüne Politik an der Spitze ihrer Rathäuser gestalten.

Tatkräftige Unterstützung erhalten grüne und grünnahe KommunalpolitikerInnen von der Vereinigung Grüne und Alternative in den Räten. Ob es um aktuelle kommunalpolitische Informationen, Tipps für die Alltagsarbeit, Musteranträge oder Beratung in allen rechtlichen Fragen zur Gemeindeordnung geht: Die GAR leistet seit beinahe 30 Jahren ihren Beitrag für die erfolgreiche grüne Handschrift in der baden-württembergischen Kommunalpolitik.

Unser Service-Angebot umfasst die Homepage www.gar-bw.de, einen regelmäßig erscheinenden Newsletter und natürlich die persönliche Beratung per Telefon oder Mail. Darüber hinaus gibt es Seminare für fast alle kommunalpolitischen Belange. Werdet also Mitglied und kommt in den Genuss unserer Serviceleistungen. Wir freuen uns auf Euch!

Sabine Schlager (Geschäftsführerin der GAR) www.gar-bw.de

Die LAG Europa stellt sich vor

Wir sind eine für Alle offene Gruppe diskussionsfreudiger Grüner, die ihre pro-europäische Grundhaltung und ihr Interesse an europapolitischen Themen verbindet. Die häufig bei uns mitwirkenden Grünen-Abgeordneten, vor allem aus Europaparlament und Landtag, aber auch externe ReferentInnen, liefern wertvolle Hintergründe und politische Bewertungen über Auswirkungen der EU-Politik auf kommunale, regionale, landes- und bundespolitische Belange sowie auf die internationalen Beziehungen. Wir diskutieren und formulieren hieraus gemeinsam grüne Perspektiven für die Parlamentsarbeit und vor allem für die vielfach in Gemeinderäten, Kreistagen und grünnahen Organisationen ehrenamtlich aktiven LAG-Mitglieder. Somit sieht sich die LAG als Scharnier zwischen unseren Abgeordneten und den grünen MultiplikatorInnen vor Ort, als deren Kompetenzvermittlerin und Motivatorin. Wir treffen uns wenigstens viermal im Jahr samstags an unterschiedlichen Orten. Das nächste Treffen findet am 20. Juni im Ulmer Kreisbüro statt.

Wolfgang Schreiner,
LAG-Sprecher
www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften/europa.html

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Redaktion:
Dr. Silke Argo, Tilo Berner,
Philip Eberhardt, Thomas Hornung,
Andrea Lindlohr, Wolfgang Schmitt,
Nele Schönau, Wolfgang Schreiner

Druck:
auf Umweltpapier bei
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Exemplare)

Bildquellen:
Seite 1: camaeraw/fotalia.com
Seite 2: Arnd_Drifte/photocase.com